



ASSEX Karteikarten ÖFFENTLICHES RECHT

Das Prüfungswissen in Karteikartenform
mit länderspezifischen Formalien

Brandenburg

Ausgangsbescheid • Widerspruchsbescheid • Urteil/
Gerichtsbescheid • Beschluss • Anwaltsklausur

VerwaltungsR AT • VerwaltungsprozessR •
GrundR • StaatshaftungsR • EuropaR

VerwaltungsR BT (POR • BauR • StraßenR • u.a.)



ASSEX Karteikarten Öffentliches Recht Brandenburg

Hier geht es zur
Inhaltsübersicht

Hier geht es zu
den **Karteikarten**

Hier geht es direkt
zum **Artikel**

Klicken Sie auf die Fläche, um direkt zur Inhaltsübersicht oder zu den Leseproben zu gelangen.



ASSEX Karteikarten

Öffentliches Recht

Brandenburg



Öffentliches Recht

Ausgangsbescheid

Brandenburg

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Ausgangsbescheids

Tenor des Ausgangsbescheids:

- allg. Aufbau
- Hauptausspruch
- Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Androhung von Zwangsmitteln
- Kostenentscheidung

Begründung des Ausgangsbescheids



Öffentliches Recht

Urteil/Gerichtsbescheid

Brandenburg

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Urteils

Tenor des Urteils:

- allg. Aufbau
- Sachausspruch (Anfechtungsklage, Verpflichtungsklage, FFK, Leistungsklage, FK, § 47 VwGO)
- Kostenentscheidung
- Vorläufige Vollstreckbarkeit

Tatbestand des Urteils

Entscheidungsgründe

Rechtsmittelbelehrung

Streitwertbeschluss

Gerichtsbescheid

Einzelrichter

Sonderfall: Übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Einseitige Erledigung

Sonderfall: Teilweise übereinstimmende Erledigung

Sonderfall: Prozessvergleich



Öffentliches Recht
Beschluss/vorl. Rechtsschutz
Brandenburg

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Beschlusses

Tenor des Beschlusses:

- allg. Aufbau
- Sachausspruch (§§ 80 V, 80a, 123 I VwGO)
- Kostenentscheidung
- Streitwertfestsetzung

Gründe

Rechtsmittelbelehrung

Beiladung/Einzelrichter/Erledigung/ Prozessvergleich



Öffentliches Recht
Anwaltsklausur
Brandenburg

Inhaltsübersicht

Aufgabenstellungen/Aufbau

Aufbau des RA-Gutachtens

- Handlungsvorschlag
- Zweckmäßigkeitserwägungen

Entwurf eines WS-Schreibens

Entwurf einer Klageschrift

**Entwurf eines Antrags auf vorläufigen
Rechtsschutz**

**Entwurf einer
Klageerwiderung/Antrags-erwiderung**

Entwurf eines Mandantenschreibens

Jura Inten...



Öffentliches Recht
Verwaltungsrecht AT
Brandenburg

Inhaltsübersicht

Verwaltungsakt

- Geldleistungen
- Sonderstatusverhältnis
- Mehrstufiger VA
- Allgemeinverfügung
- Bekanntgabe und Zustellung
- Nichtigkeit eines VA

Rechtmäßigkeitsprüfung eines VA

- Arten des Verwaltungshandelns
- Anhörung Beteiligter
- Heilung und Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- Beurteilungsspielraum
- Rechtsfolgen

Aufhebung von Verwaltungsakten

- Rücknahme von Verwaltungsakten
- Widerruf von Verwaltungsakten
- Spezialgesetze
- Anwendbarkeit des § 48 IV VwVfG
- Aufhebung im Rechtsbehelfsverfahren

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Inhalts- und Nebenbestimmungen

Zusicherung

Unzuverlässigkeit

Gewerbebegriff



Öffentliches Recht
Verwaltungsprozessrecht
Brandenburg

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit einer Klage vor dem VG

- Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges
- Klagearten
- Klagebefugnis
- Erfolgloses Vorverfahren
- Untätigkeitsklage
- Klagegegner
- Juristische Personen
- Klagefrist

Klagearten

- Anfechtungsklage
- Gegenstand der Anfechtungsklage
- Reformatio in peius: Begründetheit
- Beurteilung der Sach- und Rechtslage
- Verpflichtungsklage

- Leistungsklage
- Vorbeugender Rechtsschutz
- Fortsetzungsfeststellungsklage
- Feststellungsklage

Klagehäufungen, notwendige Beiladung

Haupt- und Hilfsantrag

Rechtsmittel

Prüfungsschema Zulässigkeit

Widerspruch

Vorläufiger Rechtsschutz



Öffentliches Recht

Grundrechte

Brandenburg

Inhaltsübersicht

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde

Begründetheit VB - Freiheits-GR

Begründetheit VB - Gleichheits-GR

Besonders examensrelevante Grundrechte

- Allgemeines Persönlichkeitsrecht:
Art. 2 I i.V.m. Art. 1 I 1 GG
- Glaubens- und Gewissensfreiheit:
Art. 4 I, II GG
- Meinungsfreiheit: Art. 5 I 1 1. Fall GG

- Kunstfreiheit: Art. 5 III 1 1. Fall GG
- Versammlungsfreiheit: Art. 8 GG
- Freizügigkeit: Art. 11 GG
- Berufsfreiheit: Art. 12 GG
- Unverletzlichkeit der Wohnung:
Art. 13 GG



Öffentliches Recht
Polizeirecht
Brandenburg

Inhaltsübersicht

System der Gefahrenabwehr

Maßnahme der Polizei- oder Ordnungsbehörden

- Subsidiaritätsgrundsatz
- Störereigenschaft von Hoheitsträgern
- Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit
- Öffentliche Ordnung
- Gefahrbegriffe
- Verstoß gegen StGB oder OWiG
- Verantwortlichkeit (sog. Störer)
- Inanspruchnahme von Nichtverantwortlichen / Notstandspflichtigen (sog. Nichtstörer)
- Rechtsnachfolge in Ordnungspflichten
- Probleme auf der Rechtsfolgenseite

Standardmaßnahmen

Ordnungsbehördliche Verordnung

Verwaltungsvollstreckungsverfahren

- Verwaltungsvollstreckungsarten
- Besonderheit bei „Abschleppfällen“
- Verwaltungsvollstreckungsverfahren

Spezielle abdrängende Sonderzuweisung



Öffentliches Recht
Staatshaftungsrecht
Brandenburg

Inhaltsübersicht

Anspruchsgrundlagen im Staatshaftungsrecht:

- Amtshaftungsanspruch
- Folgenbeseitigungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch
- Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch
- Schadensausgleich im Gefahrenabwehrrecht
- Enteignungsgleicher/enteignender Eingriff
- Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Baurecht
Brandenburg

Inhaltsübersicht

Bauleitplanung

- Bauleitpläne
- Bauleitplanverfahren
- Ermittlungs- und Bewertungsfehler
- Prüfung der Rechtmäßigkeit eines Bauleitplans
- Planerhaltungsvorschriften
- Plansicherungsinstrumente

Baugenehmigungsverfahren

- Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung
- Beplanter Bereich
- Befreiung - Dispens
- Unbeplanter Innenbereich
- Außenbereich

- Abgrenzung Innenbereich – Außenbereich
- Bauvorhaben während der Planaufstellung
- Veränderungssperre, Zurückstellung
- Anspruch aus Bestandsschutz

Drittsschutz im Baurecht

Eingriffsbefugnisse der Bauaufsicht

- Schema Baueinstellung
- Schema Nutzungsverbot
- Schema Abrissverfügung
- Sonderprobleme im Rahmen des Ermessens
- Anspruch auf behördliches Einschreiten



Öffentliches Recht
Ausländerrecht
Brandenburg

Inhaltsübersicht

Systematik des AusländerR

Passpflicht und Aufenthaltstitel

Arten des Aufenthaltstitels

Anspruch auf Aufenthaltstitel

Beendigung des Aufenthalts

Rechtmäßigkeit einer Abschiebung

Prozessuale Besonderheiten

Jura Intensiv



Öffentliches Recht

Beamtenrecht

Brandenburg

Inhaltsübersicht

Grundwissen zum Beamtenrecht

Grundbegriffe des Beamtenrechts

Rechtliche Grundlagen

Prozessuale Besonderheiten

Jura Intensiv



Öffentliches Recht
Straßenrecht
Brandenburg

Inhaltsübersicht

**Systematische Einordnung des
StraßenR**

Arten der öffentlichen Sachen

**Abgrenzung StraßenR ↔
StraßenverkehrsR**

**Einstufung der öff. Straßen/Umstufung/
Einziehung/Straßenbaulast/Zuständigkeit**

Gemeingebrauch und Sondernutzung

Jura Intensiv



Öffentliches Recht

Europarecht

Brandenburg

Inhaltsübersicht

Grundlagen der EU

Rechtsquellen des EU-Rechts

Organe der EU

Prüfung der Grundfreiheiten

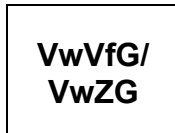
Allg. Diskriminierungsverbot

Unionsrechtl. Staatshaftungsanspruch

Jura Intensiv



Verfahrensrechtl. Teil	Ausgangsbescheid
Aufbau/Formalien (1)	



Skizziere den Grundaufbau eines Ausgangsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Entwurf

Ausgangsbehörde

Ort und Datum

Az.:

Zustellvermerk

Adressat

Betreff

Bezug

Sehr geehrter Herr .../ sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, ich erlasse gegen Sie/gegen Ihren Mandanten, Herrn ..., folgenden

BESCHEID

1. Hauptausspruch
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO
3. Ggf. Androhung von Zwangsmitteln
4. Ggf. Kostenentscheidung

Begründung:

- I.
- II.

Rechtsbehelfsbelehrung

Grußformel und Unterschrift

- 1. Warum ist die Ausgangsbehörde zu nennen?**
- 2. Was ist bei der Behördenbezeichnung zu beachten?**
- 3. Wann ist eine Zustellung erforderlich?**
- 4. Was ist beim Adressaten zu beachten?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Folgt aus §§ 37 III 1, 44 II Nr. 1 VwVfG.
2. Die Behörde darf **nicht mit ihrem Rechtsträger** (z.B. der Gemeinde/Stadt) **verwechselt** werden. Auch ist strikt **zwischen der Behörde und der Organisationseinheit zu trennen**, die für die Behörde handelt (z.B. Bauamt).
3. Zustellung ist erforderlich, wenn **gesetzlich vorgeschrieben**. **Wichtigster Fall: § 59 VI BbgPolG / § 28 VI VwVGBbg**. Im Übrigen ist es die freie Entscheidung der Behörde, ob sie zustellt. Ist üblich bei **belastenden Verwaltungsakten (VA)**.
4. Wenn der Adressat einen **Bevollmächtigten** bestellt hat und dieser Bevollmächtigte **schriftlich seine Vollmacht** bei der Verwaltung **nachgewiesen** hat, **muss** gem. § 7 I 2 VwZG **zwingend an ihn zugestellt** werden. Wegen § 5 IV VwZG ist das Empfangsbekanntnis (EB) als Zustellungsart zu wählen. **Fehlt Bevollmächtigung**, ist die **Postzustellungsurkunde (PZU)** üblich.
Bei **einfacher Bekanntgabe** eines VA hat die Behörde bzgl. des Adressaten ein **Ermessen**, § 41 I 2 VwVfG. **Üblich** ist es aber auch hier, an den **Bevollmächtigten** zu adressieren.

Raum für eigene Anmerkungen:



Öffentliches Recht

Widerspruchsbescheid

Brandenburg

Inhaltsübersicht

Aufbau/Formalien des Widerspruchsbescheids

Tenor des Widerspruchsbescheids:

- allg. Aufbau
- Sachentscheidung
- Vollstreckbarkeit der Sachentscheidung
- Kostengrundentscheidung
- Hinzuziehung eines Bevollmächtigten

Begründung des Widerspruchsbescheids



Verfahrensrechtl. Teil	WS-Bescheid
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 73
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Widerspruchsbescheids.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

WS-Behörde

Az.: ...

Adressat

Betreff

Bezug

Sehr geehrter Herr ...,
auf Ihren Widerspruch ergeht folgender

Ort und Datum

Zustellvermerk

WIDERSPRUCHSBESCHEID

1. Sachentscheidung
2. Ggf. § 80 II 1 Nr. 4 VwGO oder § 80 IV 1 VwGO
3. Kostengrundentscheidung
4. Ggf. § 80 II VwVfG

Gründe:

I.

Sachverhalt:

II.

Rechtliche Würdigung:

Rechtsbehelfsbelehrung

i.A. Unterschrift

- 1. Warum ist die Widerspruchsbehörde zu nennen?**
- 2. Warum ist ein Zustellvermerk erforderlich? Was ist beim Adressaten zu beachten?**
- 3. Was ist bei der Formulierung des Betreffs zu beachten?**
- 4. Was ist bei der Formulierung des Bezugs zu beachten?**
- 5. Was ist bei der Bezeichnung/Ansprache des Widerspruchsführers zu beachten?**
- 6. An wen ist der Widerspruchsbescheid im Falle eines Drittwiderspruchs zu richten?**

1. Folgt indirekt aus § 44 II Nr. 1 VwVfG. Der WS-Bescheid ist zwingend nichtig, wenn er die erlassende Behörde nicht erkennen lässt.
2. Der WS-Bescheid muss gem. § 73 III 1 VwGO zugestellt werden. Die **Zustellung** erfolgt gem. § 73 III 2 VwGO nach den Regelungen des VwZG des **Bundes** (also **nicht** nach dem BbgVwZG zitieren). Wenn der Widerspruchsführer (WF) einen **Bevollmächtigten** bestellt hat und dieser Bevollmächtigte **schriftlich seine Vollmacht** bei der Verwaltung **nachgewiesen** hat, **muss** gem. § 7 I 2 VwZG **zwingend an ihn zugestellt** werden. Eine Zustellung an den Mandanten löst keinerlei Rechtswirkungen aus.
3. Im Betreff ist der **Gegenstand des Bescheids kurz und schlagwortartig** zu charakterisieren. Die Voranstellung des Begriffs "Betreff" bzw. "Betr." ist nicht mehr gebräuchlich. Die **einschlägige Ermächtigungsgrundlage** wird **nicht** genannt. Bsp.: „Gewerbeuntersagung“.
4. In den Bezug sind der **Widerspruch und der angegriffene Ausgangsbescheid** (mit Datum und Aktenzeichen) aufzunehmen. Bsp.: "Ihr Widerspruch vom ...; Bescheid des Oberbürgermeisters der Stadt Potsdam vom ..., Az:
5. Der WF oder sein Bevollmächtigter wird im **Einleitungssatz direkt angesprochen**, da der **WS-Bescheid** insgesamt im sog. **Briefstil** formuliert wird.
6. **Sowohl an den WF als auch an den Dritten**. Es sind also **2 Widerspruchsbescheide** zu erstellen, einen **ausführlich begründeten für den im Ergebnis unterlegenen Beteiligten** und einen **knappen für die erfolgreiche Seite, in dem auf den anderen Widerspruchsbescheid im Wesentlichen Bezug genommen** wird.

Raum für eigene Anmerkungen:



Verfahrensrechtl. Teil	Urteil
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 117
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Urteils.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Az.: ...

**Verwaltungsgericht Potsdam
Im Namen des Volkes
Urteil**

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

des Herrn ..., (Adresse),

ggf. Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt, (Adresse)

gegen

den Bürgermeister der Stadt..., ... (Adresse),

ggf. Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt, (Adresse)

ggf. beigeladen: ...

ggf. Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt ... (Adresse)

wegen

hat die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts Potsdam, aufgrund der mündlichen Verhandlung vom ... durch den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht ..., den Richter am Verwaltungsgericht ..., den Richter ..., den ehrenamtlichen Richter ... und den ehrenamtlichen Richter ...

für Recht erkannt:

Sachauspruch

Kostenentscheidung

Vorläufige Vollstreckbarkeit

Tatbestand
Entscheidungsgründe

Rechtsmittelbelehrung

Unterschriften der Berufsrichter

Klägers,

Beklagten,



Verfahrensrechtl. Teil	Urteil
Aufbau/Formalien (2)	

§ 117 I, II
Nr. 1, 2
VwGO

1. Warum ergeht das Urteil „Im Namen des Volkes“?
2. Was gehört alles zum Rubrum?
3. Was ist bei der Bezeichnung des Klägers zu beachten? Wie ist bei mehreren Klägern vorzugehen?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Wegen § 117 I 1 VwGO.
2. Zum **Rubrum** gehören die Angabe der **Beteiligten** (§ 117 II Nr. 1 VwGO) sowie des **Spruchkörpers** (§ 117 II Nr. 2 VwGO).
3. Bei der Bezeichnung des Klägers ist es im Urteil üblich, im **Genitiv** zu verbleiben. Hinter die Adresse des Klägers und die **Bezeichnung „Klägers“** muss zudem ein **Komma** gesetzt werden. Hinsichtlich der Bestimmung des **Beklagten** ist zwischen dem **Rechtsträgerprinzip** (§ 78 I Nr. 1 VwGO) und dem **Behördenprinzip** (§ 78 I Nr. 2 VwGO i.V.m. § 8 II 1 BbgVwGG) zu unterscheiden. **Ist Klagegegner der Rechtsträger** (Körperschaft, Anstalt, Stiftung), so ist **zusätzlich** die **vertretungsberechtigte Behörde** aufzuführen (z.B. Bürgermeister, Landrat). Bsp.: „die Stadt ..., vertreten durch den Bürgermeister, ... Adresse“. Hinter die **Anschrift** der Behörde und das Wort „Beklagte(n)“ sind **ebenfalls Komma** zu setzen.
Gibt es **mehrere Kläger**, ist es ratsam, sie mit „**Kläger zu 1)**“, „**Kläger zu 2)**“ etc. zu kennzeichnen. Die **Zahlen 1., 2.** etc. zu verwenden und dem Namen des Klägers voranzustellen kann zu **Irritationen** führen, wenn im **Tenor einmal eine Nummerierung erforderlich ist**, da dies dann auch mit 1., 2. erfolgt. Die Verwendung **römischer Ziffern** ist **nicht sinnvoll**, weil beim **gerichtlichen Beschluss** die „**Gründe**“ mit „**I.**“ und „**II.**“ **unterteilt werden**. D.h. die Nummerierung der Kläger/Antragsteller könnte dann bei den gerichtlichen Entscheidungen nicht einheitlich erfolgen.



Verfahrensrechtl. Teil	Beschluss
Aufbau/Formalien (1)	

**§ 122
VwGO**

Skizziere den Grundaufbau eines Beschlusses.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Az.: ...

**Verwaltungsgericht Potsdam
Beschluss**

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

des Herrn ..., (Adresse),

Antragstellers,

ggf. Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt, (Adresse)

gegen

den Bürgermeister der Stadt, ... (Adresse),

Antragsgegner,

ggf. Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt ... (Adresse)

ggf. beigelegt: ...

ggf. Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt ... (Adresse)

wegen
hat die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Potsdam am ... durch den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht ..., den Richter am Verwaltungsgericht ..., den Richter ..
beschlossen:

1. Sachausspruch
Kostenentscheidung
2. Streitwertfestsetzung

Gründe:

- I.
- II.

Rechtsmittelbelehrung
Unterschriften der Berufsrichter



Verfahrensrechtl. Teil	Beschluss
Aufbau/Formalien (2)	

**§ 122
VwGO**

- 1. Gelten für den Aufbau/die Formalien des Beschlusses grds. die gleichen Vorgaben wie für das Urteil?**
- 2. Nenne bzgl. der Formalien die Unterschiede zum Urteil.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Grds. ja. § 122 I VwGO** nennt § 117 VwGO zwar nicht. Jedoch ist der Verweis in § 122 I VwGO **unstreitig nicht abschließend**. Die meisten Vorschriften des 9. + 10. Abschnitts der VwGO gelten auch für Beschlüsse. Das gilt auch für § 117 VwGO.

2.
 - Der **Beschluss** ergeht **nicht „Im Namen des Volkes“**.
 - Da §§ 47 VI, 80 V, 80a, 123 I VwGO den Rechtsbehelf als **Antrag** bezeichnen, werden die Hauptbeteiligten **„Antragsteller“** und **„Antragsgegner“** genannt.
 - **Außerhalb** der **mündlichen Verhandlung** wirken die **ehrenamtlichen Richter gem. § 5 III 2 VwGO nicht** mit uns sind daher auch **nicht aufzuführen**.
 - Bei einem Beschluss ist eine **mündliche Verhandlung** gem. § 101 III VwGO nicht zwingend und wegen der Eilbedürftigkeit im vorläufigen Rechtsschutz i.d.R. auch nicht erfolgt. **Deshalb** muss im Rubrum der **Beratungstermin** („aufgrund der Beratung vom“) **oder** der **Entscheidungstermin** („am“) mitgeteilt werden, abhängig von den Angaben in der Klausurakte.
 - Bei einem Beschluss wird die **Urteilsformel** mit „beschlossen“ und **nicht** mit „für Recht erkannt“ eingeleitet.
 - **Tenor:**
Da **Beschlüsse gem. § 167 I VwGO i.V.m. § 794 I Nr. 3 ZPO** aus sich heraus vollstreckbar sind, **entfällt** die Tenorierung der **vorläufigen Vollstreckbarkeit**. **Stattdessen** wird die **Streitwertfestsetzung** mit in den Tenor aufgenommen, da sie auch durch Beschluss erfolgt (§ 63 II 1 GKG).
 - **Statt Tatbestand und Entscheidungsgründe** wird - wie beim WS-Bescheid - der **Begriff „Gründe“** verwendet.
 - **Statthafte Rechtsmittel** ist nicht die Berufung, sondern bzgl. der Sachentscheidung die **Beschwerde gem. § 146 I, IV VwGO** und bzgl. der Streitwertfestsetzung die **Beschwerde gem. § 68 I GKG**.

- 1. Was sind die häufigsten Varianten einer RA-Klausur?**
- 2. Wie wird die rechtliche Prüfung in einer RA-Klausur aufgebaut?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. • **Gutachten zu bestimmten Rechtsfragen oder zu den Erfolgsaussichten eines WS/einer Klage/eines Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes.**
 - Entwurf eines **WS-Schreibens**.
 - Entwurf einer **Klageschrift**.
 - Entwurf eines **Antrags auf Gewährung vorl. Rechtsschutzes**.
 - Entwurf einer **Klageerwiderung/Antragserwiderung**.
 - Entwurf eines **Mandantenschreibens**.

2. Auch in einer **RA-Klausur** wird die **Zulässigkeit** des Rechtsbehelfs vor der **Begründetheit** geprüft und nicht umgekehrt. Denn die **Begründetheitsprüfung hängt von den Feststellungen in der Zulässigkeit ab, insbes.** von der **statthaften Klageart**. Ohne Kenntnis der statthaften Klageart ist gar nicht klar, wie die Begründetheitsprüfung aufzubauen ist.

Raum für eigene Anmerkungen:

- 1. Wie wird ein RA-Gutachten grds. aufgebaut?**
- 2. Erläutere die einzelnen Bestandteile eines RA-Gutachtens.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Aufbau RA-Gutachten:**

a) **Sachbericht**

b) **Rechtliche Würdigung**

Beachte: Schwerpunkt der Klausur ist stets die rechtliche Würdigung.

2. a) **Aufbau des Sachberichts**

- **Einleitungssatz (Indikativ Präsens)**
- **Unstreitiger Sachverhalt (Indikativ Imperfekt)**
- **Bisheriger Verfahrensablauf (Indikativ Perfekt)**
- **Ansichten des Mandanten (Konjunktiv Präsens)**
- **Gegenstand des erteilten Mandats (Indikativ Präsens)**

Beachte: Chronologischer Aufbau des Sachberichts **jedenfalls dann, wenn noch kein WS-Verfahren/gerichtliches Verfahren anhängig** ist, weil es dann noch nichts Streitiges geben kann, da noch nicht klar ist, was die Gegenseite bestreiten wird.

Die Angaben des Mandanten dürfen als wahr unterstellt werden, es sei denn, aus dem Aktenstück ergibt sich Gegenteiliges.

b) **Aufbau der rechtlichen Würdigung**

- **Zulässigkeit** des Rechtsbehelfs
- **Begründetheit** des Rechtsbehelfs
- **Zweckmäßigkeitserwägungen**
- **Handlungsvorschlag** (alternativ am Anfang der rechtl. Würdigung oder vor Sachbericht).

Beachte: Darstellung im **Urteilsstil**. Auf **Rechtsansichten des Mandanten** ist **zwingend einzugehen**.

1. Wo ist der Verwaltungsakt definiert?
2. Definiere die zentralen VA-Merkmale „Behörde, Regelung, Einzelfall, Außenwirkung“. Wovon grenzen diese Merkmale ab?

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Legaldefinition** des VA findet sich in § 35 S. 1 VwVfG i.V.m. § 1 I 1 VwVfGBbg (nachfolgend nicht mehr zitiert).

2a) **Behörde:**

Def.: § 1 IV VwVfG. Grenzt ab vom Rechtsträger der Behörde, der **juristischen Person** des öff. Rechts. Ferner Abgrenzung zu den **Organen** der juristischen Personen des **Privatrechts**, wie z.B. dem Vorstand.

2b) **Regelung:**

Def.: Rechtsverbindliche Anordnung, die auf die **Setzung einer Rechtsfolge** gerichtet ist, d.h. **Auferlegung einer Pflicht, Verleihung eines Rechts oder verbindliche Feststellung der Rechtslage.** Grenzt ab vom tatsächlichen Handeln/Realakt.

2c) **Einzelfall:**

Def.: Ganz bestimmter Sachverhalt (= konkret) wird für eine ganz bestimmte Person (= individuell) geregelt. Grenzt ab vom **Gesetz (= abstrakt-generell).**

2d) **Außenwirkung:**

Def.: Maßnahme ist final darauf gerichtet, Rechtswirkungen bei einer Person zu erzeugen, die außerhalb des handelnden Verwaltungsträgers steht. Grenzt ab vom **Rechtsreflex** und dem **Verwaltungsinternum.**



Mat.-rechtlicher Teil	VerwR-AT
Verwaltungsakt (2) - Geldleistungen	

**§ 35 S. 1
VwVfG**

Handelt es sich bei der Gewährung einer Geldleistung durch die Verwaltung um einen Verwaltungsakt?

Begründe Deine Antwort.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Nach **h.M.** ist entscheidend, ob der **Schwerpunkt des behördlichen Handelns** auf der **tatsächlichen Auszahlung** des Geldes liegt (dann **Realakt**) oder ob er bei der **vorgelagerten Entscheidung** liegt, die **Geldzahlung** überhaupt **zu gewähren** (dann **VA**). Für diese Schwerpunktbildung soll es insbes. darauf ankommen, **wie komplex** die **Entscheidung** über die Geldzahlung ist.

Nach der **Gegenauffassung** führt die Abgrenzung über eine **Schwerpunktbildung** zu **unvorhersehbaren Ergebnissen**. Nach dieser Ansicht ist die **Gewährung einer Geldleistung grds. kein VA**, weil die **Regelungswirkung fehlt**.

Ausnahmen:

- **Gesetz verlangt** den vorherigen Erlass eines **VA**, z.B. § 48 III 4 VwVfG.
- Vorheriger Erlass eines **VA** ist Voraussetzung, um einen **Rechtsgrund für die Zahlung** zu schaffen, z.B. Erlass eines Subventionsbescheids, damit der Empfänger die Auszahlung der Subvention begehren kann.

Beachte: Die gleiche Streitfrage existiert bzgl. der Erteilung einer behördlichen **Auskunft**.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	Prozessrecht
Zulässigkeit einer Klage vor dem VG	

**Allg.
VwGO**

Stelle die einzelnen Punkte der Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Klage dar.

Raum für eigene Anmerkungen

Jura Intensiv

Zulässigkeit

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges

- 1. Justizfreie Hoheitsakte**
- 2. Aufdrängende Sonderzuweisungen**
- 3. Generalklausel des § 40 I 1 VwGO**
- 4. Abdrängende Sonderzuweisungen**

II. Statthafte Klageart: § 88 VwGO

III. Klagebefugnis: § 42 II VwGO

IV. Erfolgloses Vorverfahren: § 68 ff. VwGO

V. Klagegegner: § 78 I VwGO

VI. Klagefrist: § 74 VwGO

VII. Beteiligten- und Prozessfähigkeit: §§ 61, 62 VwGO

VIII. Evtl. allgemeines Rechtsschutzbedürfnis

- 1. Welche aufdrängenden Sonderzuweisungen sind examensrelevant? In welchen Konstellationen sind diese zu prüfen? Was ist die Konsequenz in der Klausur?**
- 2. Welche Merkmale sind im Rahmen der Generalklausel des § 40 I 1 VwGO zu prüfen?**
- 3. Welche examensrelevanten abdrängenden Sonderzuweisungen gibt es?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Examensrelevante aufdrängende Sonderzuweisungen finden sich in **§ 54 I BeamStG (Landesbeamte)** sowie in **§ 126 I BBG (Bundesbeamte)**. Sie erfassen Streitigkeiten aus einem **Beamtenverhältnis**, d.h. der Rechtsstreit muss **im weitesten Sinne im Beamtenrecht wurzeln** (extensive Auslegung).
Sollte § 54 I BeamStG/§ 126 I BBG vorliegen, ist **§ 40 I 1 VwGO nicht mehr anzusprechen**.

2. § 40 I 1 VwGO:

a) **Öffentlich-rechtliche Streitigkeit**

b) **Nichtverfassungsrechtlicher Art**

c) **Keine abdrängende Sonderzuweisung**

3. Eine examensrelevante **abdrängende Sonderzuweisung** ist insbes. **§ 40 II 1 VwGO** für das **StaatshaftungsR.** Daneben kommt im POR noch **§ 23 I 1 EGGVG** in Betracht (*vgl. Karteikarten POR*).

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	Grundrechte
Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde	

**Art. 93 I
Nr. 4a
GG**

Nenne die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde (VB).

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde: Art. 93 I Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90ff. BVerfGG

I. Zuständigkeit des BVerfG: Abgrenzung zum Landesverfassungsgericht

Beachte: Das Landesverfassungsgericht ist in Brandenburg der VerfGH.

II. Beschwerdefähigkeit/Beteiligtenfähigkeit/Grundrechtsfähigkeit

Def.: Jedermann, der Träger von Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten sein kann.

III. Prozessfähigkeit/Grundrechtsmündigkeit:

Def.: Fähigkeit, Prozesshandlungen selbst oder durch einen selbst bestimmten Vertreter vorzunehmen.

Beachte: Abzustellen ist dabei auf die individuelle **Einsichtsfähigkeit** des Beschwerdeführers.

IV. Beschwerdegegenstand: Jeder Akt der öffentlichen Gewalt.

V. Beschwerdebefugnis:

1. Substantiierte Behauptung des Beschwerdeführers, durch den Akt der öffentlichen Gewalt in einem seiner Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte verletzt zu sein.
2. Selbst, gegenwärtig und unmittelbar betroffen.

VI. Rechtswegerschöpfung/Subsidiarität: Beschwerdeführer muss alle prozessualen Möglichkeiten zur Beseitigung der Grundrechtsverletzung in Anspruch genommen haben. Insbesondere darf er keinen zulässigen Rechtsbehelf versäumt haben.

VII. Form und Frist: §§ 23 I 1, 92, 93 I, III BVerfGG.



Mat.-rechtlicher Teil	Grundrechte
Begründetheit VB - Freiheitsgrundrechte	

**Art. 93 I
Nr. 4a
GG**

Nenne die Voraussetzungen für die Begründetheit einer Verfassungsbeschwerde bzgl. der Freiheits-Grundrechte.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Beachte: Die Verfassungsbeschwerde ist begründet, soweit in eines der **Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte** des Beschwerdeführers **eingegriffen** wurde **und** der Eingriff **nicht verfassungsrechtlich gerechtfertigt** ist.

I. Schutzbereich

- 1. Persönlicher/personeller Schutzbereich**
- 2. Sachlicher Schutzbereich**

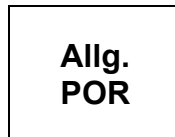
II. Eingriff in den Schutzbereich: Klassischer und mittelbarer Eingriffsbegriff

III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in den Schutzbereich

- 1. Festlegung der Schranke**
- 2. Schranken-Schranken**
 - a) Verfassungsmäßigkeit des eingreifenden formellen Gesetzes**
 - aa) Formelle Verfassungsmäßigkeit:** Zustandekommen des Gesetzes
 - bb) Materielle Verfassungsmäßigkeit:** Insbesondere Verhältnismäßigkeitsprinzip
 - b) Ggf. Verfassungsmäßigkeit des eingreifenden materiellen Gesetzes**
 - c) Ggf. Verfassungsmäßigkeit des Einzelaktes:** Verhältnismäßigkeitsprinzip



Mat.-rechtlicher Teil	POR
System der Gefahrenabwehr (1)	



- 1. Welche Behörden handeln im Bereich der Gefahrenabwehr und welches Organisationsprinzip verbirgt sich dahinter?**
- 2. Was sind die wesentlichen rechtlichen Grundlagen der handelnden Behörden?**
- 3. Dürfen Ordnungsbehörden auch nach dem Polizeigesetz handeln?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Im Bereich der Gefahrenabwehr handeln zum einen die **Polizeibehörden** und zum anderen die **Ordnungsbehörden**. Beide Behörden handeln nach ihren eigenen gesetzlichen Grundlagen und verfügen über ihren eigenen Behördenapparat und Verwaltungsaufbau. Dahinter verbirgt sich das sogenannte **Trennungsprinzip**, d.h. beide Behörden stehen völlig unabhängig nebeneinander.
2. Die Polizeibehörden handeln soweit einschlägig vorrangig nach Spezialgesetzen (z.B. VersG, WaffenG). Der **Aufbau** der Polizeibehörden und die **rechtlichen Grundlagen für das Handeln** der Polizeibehörden ergeben sich aus dem **BbgPolG**. Die Ordnungsbehörden werden unterteilt in **allgemeine Ordnungsbehörden**, sie handeln nach dem **OBG**, und **Sonderordnungsbehörden**, die grds. nach **speziellen Gesetzen** handeln.
3. Eine **Übertragung** von gesetzlichen Grundlagen und Kompetenzen der einen Behörde auf die jeweils andere ist **aufgrund des Trennungsprinzips ausgeschlossen**. Eine **Ausnahme** gilt nur soweit Normen **ausdrücklich für anwendbar erklärt werden**. Gem. **§ 23 OBG** können die Ordnungsbehörden die dort aufgeführten Standardmaßnahmen treffen. Gem. **§ 70 BbgPolG** gelten die Regeln über Entschädigung gem. §§ 38-42 OBG auch für die Polizei.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	POR
System der Gefahrenabwehr (2)	

Allg. POR

- 1. Was ist Sonderordnungsrecht?**
- 2. Welche Normen gelten unter welchen Voraussetzungen subsidiär für das Handeln von Sonderordnungsbehörden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Während das allgemeine Ordnungsrecht allgemein und als Auffangtatbestand alle Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung erfasst, ist das **Sonderordnungsrecht** auf Teilbereiche der Gefahrenabwehr beschränkt und widmet sich der **Bekämpfung ganz spezifischer Gefahren**. Sonderordnungsrecht wird von **Sonderordnungsbehörden** wahrgenommen. Es gibt Sonderordnungsrecht des Bundes (z.B. das GewerbeR) und Sonderordnungsrecht des Landes (z.B. BauO, LWG).
 2. Für **Sonderordnungsbehörden** gelten gem. § 11 I, II OBG **subsidiär die Normen des OBG**. Soweit also in einem Spezialgesetz Regelungen fehlen, kann auf das OBG zurückgegriffen werden. Eine Behörde ist in folgenden Situationen Sonderordnungsbehörde:
 - In einem Gesetz außerhalb des OBG wird angeordnet, dass sie **Gefahren abzuwehren** hat (z.B. § 43 I 2 AbfBodG) **oder**
 - Die handelnde Behörde wird **als Sonderordnungsbehörde bezeichnet** (z.B. § 57 I 1 BbgBO)
- Bsp.:** Die BbgBO enthält keine Aussage über die Form von Bauordnungsverfügung. Gem. § 57 I 1 BbgBO iVm. § 11 I, II OBG gilt gem. § 19 I OBG die Schriftform.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	StaatshaftungsR
Anspruchsgrundlagen Staatshaftungsrecht	

**Allg.
SthR**

Welche Anspruchsgrundlagen kommen im Staatshaftungsrecht insbesondere in Betracht?

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. **Amtshaftungsanspruch:** *Art. 34 S. 1 GG i.V.m. § 839 I 1 BGB*
2. **Folgenbeseitigungsanspruch/ öff.-rechtlicher Unterlassungsanspruch/ öff.-rechtlicher Erstattungsanspruch**
3. **§ 38 OBG (ggf. i.V.m. § 70 BbgPolG):** Gefahrenabwehrrecht
4. **Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff/Anspruch aus Aufopferung und aufopferungsgleicher Eingriff**
5. **Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse** (*analoge Anwendung des BGB-Schuldrechts*)

Raum für eigene Anmerkungen:

Amtshaftungsanspruch (1)

- 1. Was für eine Rechtskonstruktion liegt dem Amtshaftungsanspruch zugrunde?**
- 2. Welche Voraussetzungen hat der Amtshaftungsanspruch?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Dem Amtshaftungsanspruch liegt als Rechtskonstruktion eine sog. **übergeleitete Haftung** zugrunde. Das bedeutet, **über § 839 I 1 BGB** entsteht für eine **juristische Sekunde** eine **Haftung in der Person des Beamten als Privatperson**. Diese Haftung wird gem. **Art. 34 S. 1 GG** dann **übergeleitet auf den Staat**. **Der Staat haftet also so wie sein Beamter als Privatperson haften würde.**

Diese Grundkonstruktion wirkt sich bei den Prüfungspunkten „§ 839 I 2 BGB“ und „Rechtsfolge“ aus (*s. dazu die nachfolgenden Karteikarten*).

2. **Voraussetzungen des Amtshaftungsanspruchs:**
 - a) **Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes**
 - b) **Amtspflichtverletzung**
 - c) **In Ausübung** (= Amtspflichtverletzung ist dem hoheitlichen Handeln zurechenbar)
 - d) **Drittbezug der verletzten Amtspflicht**
 - e) **Verschulden**
 - f) **Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden**
 - g) **Ausschlussgründe**
 - h) **Rechtsfolge: Schadensersatz, §§ 249ff. BGB**
 - i) **Passivlegitimation/Anspruchsgegner**

Zuständiges Gericht:

Streitwertunabhängige Zuständigkeit des **LG**, **Art. 34 S. 3 GG i.V.m. § 40 II 1 3. Fall VwGO i.V.m. § 71 II Nr. 2 GVG.**

- 1. Was sind die Bauleitpläne? Wodurch unterscheiden sie sich?**
- 2. Welche Rechtsnatur haben die Bauleitpläne? Wie können sie gerichtlich überprüft werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Bauleitpläne sind gem. § 1 II BauGB der **Flächennutzungsplan (F-Plan)** und der **Bebauungsplan (B-Plan)**.

Der **F-Plan** ist der **vorbereitende Bauleitplan**, er legt die **Grundzüge der gemeindlichen Planung** fest, § 5 I 1 BauGB. **Pro Gemeinde** gibt es **nur einen F-Plan**, damit die Gemeinde stets einen Gesamtüberblick über die Bebauung in ihrem Gebiet hat. Entsprechend „grob“ sind die Darstellungen im F-Plan.

Der **B-Plan** ist der **verbindliche Bauleitplan**, er **setzt** die Vorgaben des **F-Plans in konkrete Festsetzungen um** und ist **aus dem F-Plan zu entwickeln**, § 8 II 1 BauGB (sog. **Entwicklungsgebot**). **I.d.R.** gibt es pro Gemeinde **mehrere B-Pläne**.

2. Der **F-Plan** ist nach h.M. ein **Rechtsakt sui generis**, weil er als vorbereitender Bauleitplan **grds. nur nach innen wirkt**. Er kann daher **grds. auch nicht direkt angegriffen** werden. Eine Überprüfung ist **nur indirekt möglich, indem der B-Plan mit dem Argument angegriffen** wird, der **zugrunde liegende F-Plan sei fehlerhaft** und damit unwirksam.

Eine **Ausnahme** gilt für **diejenigen Darstellungen** des F-Plans, die **kraft Gesetzes Außenwirkung** haben, insbes. § 35 III 3 BauGB. Sie (aber auch nur diese Darstellungen) können unmittelbar angegriffen werden, nach h.M. analog § 47 I Nr. 1 VwGO, nach a.A. gem. § 47 I Nr. 2 VwGO i.V.m. § 4 I BbgVwGG.

Der **B-Plan** ist gem. § 10 BauGB eine **Satzung** und kann gem. § 47 I Nr. 1 VwGO mit der Normenkontrolle überprüft werden.



Mat.-rechtlicher Teil	BauR
Bauleitplanverfahren	

**§§ 1ff.
BauGB**

Stelle den groben Ablauf eines Bauleitplanverfahrens dar.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Schritt: **Planaufstellungsbeschluss** (fakultativ).
2. Schritt: **Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit** und **Unterrichtung der betroffenen Behörden** (= die Behörden, die den Bauleitplan bei ihrer Aufgabenwahrnehmung zu beachten haben, z.B. Straßenbaubehörde), §§ 3 I, 4 I BauGB.
3. Schritt: **Erstellung der Planentwürfe.**
4. Schritt: **Auslegung der Planentwürfe, Beteiligung der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der betroffenen Behörden**, §§ 3 II, 4 II BauGB.
5. Schritt: **Überarbeitung** der Planentwürfe.
6. Schritt: **Beschluss des Bauleitplans** durch die Gemeindevertretung oder **im Falle der Abänderung des Bauleitplans** infolge der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung **nochmalige Auslegung** gem. § 4a III BauGB.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	AusländerR
Systematik des AusländerR	



- 1. In welchen Gesetzen ist das Ausländerrecht im Wesentlichen geregelt?**
- 2. In welchem Verhältnis stehen die Gesetze zueinander?**
- 3. Wie kann das allgemeinere Gesetz grds. unterteilt werden?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Das **AusländerR** ist im AufenthG und im FreizügG/EU geregelt.
2. Das **FreizügG/EU** ist **lex specialis**, § 1 II Nr. 1 AufenthG. Es regelt Einreise und Aufenthalt von **EU-Bürgern und ihren Familienangehörigen**. Diese stehen unter einem besonderen europarechtlichen Schutz, vgl. Art. 21 AEU.
§ 11 I FreizügG/EU regelt, welche Bestimmungen des AufenthG auf EU-Bürger entsprechend anzuwenden sind.
3. Das **AufenthG** als das **allgemeinere Gesetz** lässt sich in **2 große Bereiche** unterteilen:
§§ 1-49b AufenthG befassen sich primär mit **Einreise und Aufenthalt** im Bundesgebiet.
§§ 50-70 AufenthG normieren die **Beendigung des Aufenthalts**. **Daneben** gibt es noch **Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften** in §§ 71-74, §§77-85 AufenthG.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	AusländerR
Passpflicht und Aufenthaltstitel	



- 1. Müssen Ausländer für die Einreise und den Aufenthalt im Bundesgebiet Besitzer eines Passes sowie Inhaber eines Aufenthaltstitels sein?**
- 2. In welcher Form wird der Aufenthaltstitel erteilt?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Grds. ja, §§ 3 I, 4 I 1 AufenthG, es sei denn, sie sind kraft Gesetzes von dieser Pflicht befreit.** Für die **Passpflicht** sind **Befreiungen** in **§§ 2ff. AufenthV**, für die **Aufenthaltstitel** in **§§ 15ff. AufenthV** normiert
Insbes. **EU-Bürger** bedürfen gem. **§ 2 IV 1 FreizügG/EU** **keines Aufenthaltstitels**. Sie erhalten **lediglich** gem. **§ 5 I FreizügG/EU** eine **amtliche Aufenthaltsbescheinigung** als Legitimationsdokument.
2. Der Aufenthaltstitel wird gem. **§ 4 I 2 AufenthG** erteilt als:
- Visum
 - Aufenthaltserlaubnis
 - Blaue Karte EU
 - Niederlassungserlaubnis
 - Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	BeamtenR
Grundwissen zum BeamtenR	



- 1. Was ist kennzeichnend für einen Beamten? Wie unterscheidet er sich vom Richter?**
- 2. Was ist der öffentliche Dienst?**
- 3. Wie unterscheidet sich ein Beamter von einem Angestellten im öffentlichen Dienst?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Für einen Beamten sind **folgende Merkmale kennzeichnend**:
 - **beschäftigt** bei einer **jur. Person des öff. Rechts**
 - steht in einem **öff.-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis**
 - ist **dauerhaft** mit der **Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben** betraut.**Abgrenzung** zum **Richter**. Der **Richter** ist im Gegensatz zum Beamten **weisungsunabhängig**, hat **ansonsten** aber eine **beamtenähnliche Stellung**.
2. Zum **öff. Dienst** gehören **alle Personen**, die **bei einer jur. Person des öff. Rechts beschäftigt** sind.
3. Ein **Angestellter** steht im Gegensatz zum Beamten **nicht** in einem **öff.-rechtlichen Dienstverhältnis**, **sondern** hat einen **zivilrechtlichen Arbeitsvertrag** mit einer jur. Person des öff. Rechts. Er **wird** folglich auch **nicht** nach den Besoldungstabellen **besoldet**, sondern nach einem **Tarifvertrag** bezahlt.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	BeamtenR
Rechtliche Grundlagen (1)	



Erläutere kurz den Inhalt des Art. 33 II-V GG.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Art. 33 II GG:

Normiert das sog. **Prinzip der Bestenauslese**. Nur die dort genannten Kriterien dürfen dem Zugang zu einem öff. Amt zugrunde gelegt werden.

Leistung = Fachwissen, Fachkönnen, Bewährung im Amt.

Befähigung = Allgemeinwissen, Begabung, Lebenserfahrung.

Eignung = alle sonstigen geistigen, körperlichen, charakterlichen Eigenschaften.

2. Art. 33 III GG:

Wiederholt an sich nur **Art. 3 III 1 7. + 8. Fall GG**, ist **aber** gegenüber Art. 3 III 1 GG **spezieller**. Wird **geprüft wie ein Verstoß gegen** den allg. Gleichheitssatz aus **Art. 3 I GG** (Ungleichbehandlung und verfassungsrechtliche Rechtfertigung).

3. Art. 33 IV GG:

Institutionelle Garantie des Berufsbeamtentums, da nur Beamte in einem öff.-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen.

4. Art. 33 V GG:

Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums sind nur solche **Strukturprinzipien**, die **mindestens seit der Weimarer Zeit anerkannt** sind, z.B. Alimentationsprinzip, Anspruch auf Vollbeschäftigung, Streikverbot, Pflicht zur Treue zur Verfassung. Eine **einfachgesetzliche Konkretisierung** findet sich **in den Beamtengesetzen** des Bundes und der Länder in dem Abschnitt über die Rechte und Pflichten der Beamten, z.B. §§ 60ff. BBG, §§ 52ff. LBG.



Mat.-rechtlicher Teil	StraßenR
Systematische Einordnung des StraßenR	



- 1. Zu welchem übergeordneten Rechtsbereich gehört das Straßenrecht?**
- 2. Definiere die Voraussetzungen für die Eröffnung dieses Rechtsbereichs.**

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

1. Das **StraßenR** gehört zum **Recht der öffentlichen Sachen**. Das sind **Regelungen bzgl. Sachen**, die durch ihren **Gebrauch öffentlichen Zwecken** dienen.
2. **Voraussetzung** für die Eröffnung des Anwendungsbereichs des Rechts der öffentlichen Sachen ist, dass **eine öffentliche Sache vorliegt**. Das **setzt wiederum voraus**:
 - **Widmung**
 - = **Rechtsakt**, durch den eine Sache zu einer öffentlichen Sache erklärt und ihre **öffentliche Zweckbindung festgelegt** wird.
Die Widmung erfolgt **häufig per dinglichem VA** gem. **§ 35 S. 2 2. Fall VwVfG**.
Soweit gesetzlich nicht eine ausdrückliche Widmung vorgesehen ist, kann sie auch konkludent erfolgen.
 - **Indienststellung**
 - = **tatsächliche, offizielle Nutzung** der Sache.
Die Indienststellung ist ein **Realakt**. **Solange** sie **nicht erfolgt** ist, ist eine bereits erfolgte **Widmung schwebend unwirksam**.

Raum für eigene Anmerkungen:



Mat.-rechtlicher Teil	StraßenR
Arten der öffentlichen Sachen	

**Allg.
StraßenR**

Welche Arten der öffentlichen Sachen gibt es? Erläutere sie.

Raum für eigene Anmerkungen:

Jura Intensiv

Es gibt **4 Arten**:

- Öff. Sachen im **Gemeingebrauch**
= öffentliche Sache steht **jedermann ohne besondere Zulassung zur Verfügung**, z.B. öffentliche Straßen, Gewässer in ihrer Eigenschaft als Wasserwege.
- Öff. Sachen im **Anstaltsgebrauch**
= die **Nutzung** der öff. Sache **bedarf** einer **behördlichen Erlaubnis**, z.B. Zugang zum Theater oder Museum.
Die Zulassung kann konkludent erfolgen, z.B. durch automatischen Einlass in das Schwimmbad nach Zahlung des Eintrittsentgelts.
- Öff. Sachen im **Sondergebrauch**
= die öff. Sache steht **i.d.R. nicht jedermann**, sondern **nur demjenigen zur Verfügung**, der eine **besondere Erlaubnis besitzt**, z.B. Nutzung eines Gewässers zu wasserwirtschaftlichen Zwecken (Entnehmen und Ableiten von Wasser).
- Öff. Sachen im **Verwaltungsgebrauch**
= die öff. Sache **wird von der Verwaltung zur Erfüllung ihrer Aufgaben genutzt**, z.B. Dienstwagen des BM, Büro im Rathaus.
Grds. kein Nutzungsrecht des Bürgers, es sei denn, die Nutzung wird ihm gestattet, z.B. Zutritt zum Bürgeramt im Rathaus.

Raum für eigene Anmerkungen:

1. **Worauf basiert die Europäische Union?**
2. **Was stellt die EU nach dem Vertrag von Lissabon dar? Von was ist die EU abzugrenzen?**
3. **Ist die EU rechtsfähig bzw. völkerrechtsfähig?**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die **Basis** der Europäischen Union stellen **der EU-Vertrag sowie der AEU-Vertrag** (=Vertrag über die Arbeitsweise der EU) dar.
Dabei enthält der **EU-Vertrag die Grundlagenbestimmungen**, der **AEU-Vertrag demgegenüber die Detailregelungen**.
2. Die EU ist laut **Art. 1 III 3 EUV Rechtsnachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft (EG)**, die damit untergegangen ist. Damit stellt die EU - wie die EG früher - heute eine **supranationale Organisation mit eigener Rechtspersönlichkeit** (*BVerfG: Staatenverbund*) dar. Dies bezeichnet eine **internationale Organisation, welche unabhängig von der Willensbildung in den Mitgliedsstaaten in bestimmten Bereichen für diese verbindliche Rechtsregeln erlassen kann**.
Einen **Staat** stellt die EU **nicht** dar, da ihr die **Kompetenz-Kompetenz fehlt** (= Befugnis, sich selbst neue Zuständigkeiten zu schaffen, vgl. Art. 5 I, II EUV).
Eine **reine internationale Organisation** liegt **ebenfalls nicht** vor, da das **EU-Recht zum Teil unmittelbar innerstaatlich gilt** und Vorrang vor dem nationalen Recht haben.
3. Die EU besitzt laut **Art. 335 AEUV eigene Rechtspersönlichkeit**. Ferner besitzt die EU auch **partielle Völkerrechtsfähigkeit**, d.h. sie darf im Rahmen der ihr übertragenen Kompetenzen völkerrechtliche Abkommen schließen, **Art. 47 EUV i.V.m. Art. 218 AEUV**.



Mat.-rechtlicher Teil	Europarecht
Rechtsquellen des EU-Rechts (1)	



- 1. Welche beiden Rechtsquellen werden im Rahmen des EU-Rechts unterschieden?**
- 2. Nenne die Bestandteile dieser beiden Rechtsquellen.**

Raum für eigene Anmerkungen:

1. Die Rechtsquellen des EU-Rechts lassen sich in das sog. **primäre EU-Recht** und das **sekundäre EU-Recht** aufspalten.

2. a) Das **primäre EU-Recht** kann in **folgende Bestandteile** untergliedert werden:
 - aa) **EU-Vertrag, AEU-Vertrag samt Anhängen, Protokollen, Ergänzungen und Änderungen**
 - bb) **Grundrechte-Charta, Art. 6 EUV**
 - cc) **Ungeschriebenes Primärrecht/allgemeine Rechtsgrundsätze**, z.B. Rückwirkungsverbot, Bestimmtheitsgebot, Verhältnismäßigkeitsprinzip (vgl. Art. 2 EUV).

- b) Das **sekundäre EU-Recht** findet sich **insbesondere** in **Art. 288 AEUV** wieder und kann in **folgende Bestandteile** untergliedert werden:
 - aa) **Verordnung**: Art. 288 II AEUV
 - bb) **Richtlinie**: Art. 288 III AEUV
 - cc) **Beschlüsse**: Art. 288 IV AEUV
 - dd) **Empfehlungen und Stellungnahmen**: Art. 288 V AEUV

Raum für eigene Anmerkungen:



ASSEX Karteikarten ÖFFENTLICHES RECHT BRANDENBURG

Das Prüfungswissen in Karteikartenform

Hier geht's zum Shop!